

Bild wie auch die Geschichtsschreibung geprägt haben. Dabei arbeitet die Autorin auf eindrückliche Weise heraus, dass die Bukowinadeutschen, die den NS-Organen in die Hände gespielt hatten, in der Bundesrepublik oftmals führende Positionen im Verbandswesen einnahmen und die Umsiedlung in überwiegend positiver Bewertung darstellten oder wichtige Stellen etwa in der akademischen Lehre innehatten. Die Ahndung ihrer Verbrechen, von denen die Umsiedlungen nur einen Aspekt bildeten, fiel milde aus oder unterblieb mitunter ganz, während die Wahrnehmung der historischen Vorgänge bis heute stark von ihren Darstellungen geprägt ist.

Die neu gestellten Fragen, die umfassende Quellenbasis und die differenzierte und gut lesbare Darstellung machen diesen Titel zum neuen Referenzwerk über die Umsiedlungen aus der Bukowina und alle damit einhergehenden Verwerfungen.

HARALD ROTH  
Potsdam

JGO 69, 2021/4, 693–696

### **Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa von 1989/91**

Hrsg. von Peter Collmer, Ekaterina Emeliantseva Koller und Jeronim Perović. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2019. 287 S., 14 Abb. = Osteuropa in Geschichte und Gegenwart, 6. ISBN: 978-3-412-51717-5.

Dieser Sammelband blickt nach 30 Jahren zurück auf die Wende in Osteuropa. Er ist zugleich eine Präsentation der Osteuropaforschung in der deutschsprachigen Schweiz, denn mit einer Ausnahme sind alle Autoren und Autorinnen eingebunden in Einrichtungen der Forschung und Lehre in der Deutschschweiz. Dies bürgt für hohe wissenschaftliche Qualität, eine zuverlässige Redaktion und eine große Vielfaltigkeit der Themen, Methoden und Begrifflichkeiten. Diese Vielfaltigkeit zeigt sich schon im etwas schwerfälligen Titel. Offenbar konnten sich die Autoren nicht auf einen gemeinsamen Begriff für das zu analysierende Phänomen einigen. So blieb als Minimalkonsens das Wort „Wende“, und zwar in Anführungszeichen. Dies hindert allerdings manche Autoren nicht daran, dezidiert von Revolution zu sprechen (z. B. S. 59, 215). Begriffe sind ein wichtiger Aspekt der historischen Darstellung. Deshalb ist es auch nicht belanglos, dass der seit 2014 andauernde Krieg im Donbas in diesem Sammelband „russisch-ukrainischer Konflikt“ (S. 75) genannt wird.

Die Themen sind – wie häufig in Sammelbänden – sehr weit gespannt und reichen von hoch abstrahierenden, die Entwicklung mehrerer Jahrhunderte reflektierenden Beiträgen bis hin zu lokalen Detailstudien. Dankenswerterweise sind alle Beiträge mit zuverlässigen und teilweise recht ausführlichen „Rahmen“ versehen, so dass auch der nichtspezialisierte Leser sie einzuordnen vermag.

Den Auftakt macht CARSTEN GOEHRKE mit einem Essay zu den Phänomenen „Wende (ohne Anführungszeichen) und Struktur“, die in vier historischen Kontexten, nämlich in Russland, Ungarn, Polen, und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, dargestellt und bilanziert werden. Der schon lange über Strukturen arbeitende und in Kategorien der *longue durée* argumentierende Historiker kommt zu überraschenden Ergebnissen: Für Russland und Ungarn

erkennt der Autor in den Prozessen von 1989/91 keine tiefgreifende Wende. Eine „nachhaltige historische Wende“ hat auch in Polen „noch nicht“ stattgefunden, erscheint aber wegen der „Vitalität der demokratischen Kräfte“ in der Zukunft denkbar (S. 46). Allein den baltischen Staaten attestiert Goehrke eine „halbe Wende“ von der Sowjetherrschaft zur „konsequenten Westbindung“ (S. 51 f.). Dabei habe sich der Kleinstaat als Vorteil erwiesen. Eine wichtige Triebkraft für die nachhaltige Wende war außerdem – so Goehrke – die latente Bedrohung durch den russischen Revanchismus. In Russland dagegen sieht sich die „staatsfixierte Gesellschaft“ (S. 29) wie eh und je vor die Wahl gestellt, „entweder Chaos oder autoritärer Staat“ (S. 27). Das Regime Putin hat sich historisch „in die Ära von Kaiser Nikolaus I.“ zurückbewegt und „die Entdemokratisierung zum System erhoben“ (S. 56 f.). Auch in Ungarn haben entgegen den Erwartungen nach dem Aufstand von 1956 und dem furiosen Aufbruch 1989/90 „die überkommenen mentalen und kulturellen Prägungen“ (S. 36) eine tiefgreifende politische Wende bislang verhindert.

PAVEL KOLÁŘ plädiert in seinem Beitrag „Niedergang und Fall des Kommunismus in Ostmitteleuropa“ für eine „Rekontextualisierung“ von 1989 mit dem Ziel der Einordnung dieses „epochalen Umbruchs“ (S. 59) in die gesamteuropäische Zeitgeschichte und die Überwindung des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ auch in der Historiographie.

JERONIM PEROVIĆ untersucht „Russland, die Nato-Osterweiterung und das Scheitern der europäischen Sicherheitsordnung“. Der einzige Beitrag zu internationalen Beziehungen in diesem Band bestätigt in einer sehr guten, quellengesättigten und sorgsam abwägenden Studie, dass es keine westliche Zusicherung für eine Nichtausdehnung der Nato nach Osteuropa gegeben hat. Allerdings sei der Westen zu keiner Zeit bereit gewesen, Russland auf Augenhöhe in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden. Insofern könne deren Scheitern nicht Russland angelastet werden. Allerdings stellt sich dem Rezensenten angesichts der Außenpolitik des Regimes Putin die Frage, ob eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur jemals etwas Anderes war als eine – zum Teil selbst gestellte – Falle für den Westen.

DANIEL WEISS zeigt in seinem Beitrag „Gibt es ein Fortleben von Sowjetismen im heutigen politischen Diskurs Russlands?“, dass von einer durchgehenden Kontinuität des sowjetischen „Newspeak“ (*Newspeak*) keine Rede sein kann. Nur wenige Elemente und Bruchstücke haben überlebt, so etwa zahlreiche Akronyme wie *bomž* und Stummelkomposita wie *seksot* (*sekretnyj sotrudnik*; dt.: inoffizieller Mitarbeiter), *upravdom* (*upravljajuščij domom*; dt.: Hausverwalter) (S. 112).

PETER COLLMER zeichnet in dem Beitrag „Der Runde Tisch in Polen – dreißig Jahre danach“ die Entwicklung der politischen Mentalität in Polen seit 1989 nach. Ausgangspunkt dieser Studie ist eine polnische soziologische Untersuchung von 2019 über die Wahrnehmung des Runden Tisches von 1989 und deren Veränderung in den zurückliegenden 30 Jahren. Eine Mehrheit der repräsentativ Befragten stand 2019 ebenso wie 30 Jahre zuvor dem Runden Tisch und dem ausgehandelten Übergang zur Demokratie positiv gegenüber, allerdings bei abnehmenden Zustimmungswerten. Mehr als die Hälfte der Polen sah 2019 im Runden Tisch den Grund dafür, dass eine Abrechnung mit dem kommunistischen System ausgeblieben sei. Das wichtigste, wenn auch wohl nicht überraschende Ergebnis der Umfrage besteht darin, dass eine stetig zunehmende Zahl von Menschen keine eindeutige Position zu den kontrovers formulierten Fragen bezog oder sogar Gleichgültigkeit signalisierte. Überzeugend ordnet Collmer den Runden Tisch ein in die politische Kultur „des Aushandelns und Mitredens“ (S. 147), wie sie sich in der frühneuzeitlichen Adelsrepublik formiert hat. Widerstandsgeist und Aufsässigkeit finden in der Entschlossenheit zur Selbsterhaltung ihre Grenze.

Der Gegensatz zu Jugoslawien könnte kaum schärfer sein. NATAŠA MIŠKOVIĆ behandelt Titos Geschichtspolitik des Vergessens und Verzeihens und ihr Scheitern. Im Mittelpunkt stehen politische Filme und Filmemacher. Breiter Raum wird dem Regisseur Lordan Zafranović und seinem Film über den Ustaša-Führer Andrija Artuković gewidmet – „das leibhaftige Böse“, wie ihn die Autorin einführt (S. 166). Der Belgrader Literatenzirkel, der Jugoslawien hatte retten wollen, fand sich 1991 „auf unterschiedlichen Seiten der Fronten wieder“ (S. 174).

JULIA RICHERS legt eine materialreiche, sorgfältige Studie der ungarischen Geschichtspolitik unter Viktor Orbán vor: „Der Wandel und die Neuordnung der Koordinaten ungarischer Geschichtspolitik seit 1989“. Ziel der inflationären Förderung der Arbeit mit Geschichte durch den Staat war die „Monopolisierung“ und „Zementierung“ (S. 210) von Geschichtsforschung im Dienst der Regimestabilisierung. Inhaltlich-chronologisch konzentriert sich das Geschichtsbild in Orbáns Ungarn um drei Schwerpunkte, die auch in der Präambel der neuen Verfassung von 2011 ihren Platz gefunden haben: König Stephan I. und die Heilige Krone haben eine lange Geschichte als Symbole der territorialen und nationalen Einheit; das schließt auch irredentistische Ansprüche ein. Den zweiten zentralen Bezugspunkt eines idealisierenden Geschichtsbilds bildet die Horthy-Ära von 1920 bis 1944 (vor der deutschen Besetzung Ungarns), wobei die Horthy-Nostalgie den Antisemitismus und Revisionismus ausblendet oder beschönigt. Den dritten inhaltlichen Schwerpunkt schließlich bildet nach Darstellung der Autorin die Abrechnung mit der kommunistischen Ära nach 1945. Den besonderen Zorn der Autorin erregt der „kategorische Antikommunismus“ (S. 178), den sie hier am Werk sieht. Sie nennt ihn stets in einem Atemzug mit Nationalismus und Illiberalismus; Antikommunismus sei europakritisch und rechtskonservativ (S. 208). Dem stellt sie positiv den „reformkommunistischen Protest“ von 1956 gegenüber. Imre Nagy sei ein „überzeugter Reformkommunist“ (S. 205) gewesen. Tatsächlich handelt es sich bei dieser Argumentation um ein Scheingefecht. Aus der Sicht der kommunistischen Führungen überall in Osteuropa waren die „Reformkommunisten“ die gefährlichsten Antikommunisten, denn sie verkauften den Antikommunismus unter dem Deckmantel von Demokratie und Freiheit. Die Chruščev- und die Brežnev-Führung hatten 1956 bzw. 1968 ganz Recht mit ihrer Einschätzung, das Eingehen auf die Forderungen der Reformkommunisten in Ungarn und der Tschechoslowakei würde zum Ende des Systems führen. Ende der 1980er Jahre musste Gorbachev, der selbst ein Reformkommunist war, genau diese Erfahrung machen. Mit anderen Worten, das kommunistische System im Osten Europas wurde von Kommunisten gestürzt. Wer hätte es denn sonst tun können? Die Dissidenten allein waren viel zu schwach, und der Westen war an der Erhaltung des Status quo interessiert.

ULRICH SCHMID wendet in seinem Beitrag „Der dramaturgische Kern der rumänischen ‚Tele-revolution‘ von 1989“ Shakespeares’ Theater-Begriffe auf die Dramatik der Ereignisse im Dezember 1989 an. So lassen sich die atemberaubende Beschleunigung der Ereignisse und die „Dramaturgie des revolutionären Geschehens“ (S. 225) nachvollziehen. Das Millionenpublikum ist in Echtzeit am Fernsehbildschirm Zuschauer und zugleich Mitspieler. Es kam zu „einer Synchronisierung von revolutionärem Handeln, Denken und Zuschauen“ (S. 218).

CARMEN SCHEIDE stellt unter der Überschrift „Staatsverfall, Zivilgesellschaft und Zwangsarbeiterentschädigung in der Sowjetukraine“ eine lokale zivilgesellschaftliche Initiative vor: 1990 wurde im Gebiet Poltava die erste Vereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter in Deutschland gegründet. Das geschah im Zusammenwirken mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative in Singen am Hohentwiel, die über das Privatarchiv von Wilhelm Waibel verfügt, das in diesem Beitrag ausgewer-

tet wird. Anerkennung und Entschädigung von Zwangsarbeit verstanden sich als Engagement im Dienst internationaler Versöhnung. Die einführenden Bemerkungen zur Entwicklung der Ukraine seit den 1980er Jahren enthalten sachliche Fehler. Die Autorin bescheinigt der Ukraine zusammenfassend eine „schwache Entwicklung einer Zivilgesellschaft“ (S. 248). Entscheidend ist, mit welchen Ländern verglichen wird. Unter den postsowjetischen Nachfolgestaaten nimmt die ukrainische Zivilgesellschaft im Gegenteil eine herausragende Stellung ein.

Der letzte Beitrag beschäftigt sich nicht mit Osteuropa, sondern mit der Schweiz. Unter der für Nichtschweizer etwas rätselhaften Überschrift „Igel mit Phantomschmerzen“ behandelt CHRISTIAN KOLLER den an Paranoia grenzenden Antikommunismus in der Schweiz von den 1950er Jahren bis 1989 als „ordnungsstiftendes Feindbild“ (S. 251). Die Schweizer Armee war ihrem Mannschaftsbestand nach die drittgrößte in Europa nach der UdSSR und Jugoslawien. Aber auch der 1971 eingerichtete Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich verdankt sich dem Antikommunismus, wenn auch in einer mildereren Form. Mit vielen Details erfährt der Leser von der Angst vor Spionage und Spionen und den inflationären Staatsschutzaktivitäten. „Zustände wie im Ostblock“ (S. 278) seien nach 1989 ans Licht gekommen, beklagte ein Nationalrat. Er dürfte kaum zu denen gehört haben, die den „Ostblock“ kannten. Im Herbst 1989 brach das Gebäude des Antikommunismus in sich zusammen. Die Armeeausschaffungsinitiative scheiterte zwar am Wahlvolk, erhielt aber immerhin 35,6 % Ja-Stimmen.

Dieser Sammelband zeichnet ein vielfältiges und unterschiedliches Bild der „Wende“. Der Anspruch, die ganze Bandbreite des Phänomens zu thematisieren, wie die Einleitung ankündigt (S. 14), wird jedoch nicht eingelöst und ist wohl auch nicht einlösbar. Es fehlen insbesondere zwei Themenkomplexe, die von zentraler Bedeutung für das Verständnis des Umbruchs von 1989/91 sind. Das Ende der Sowjetunion wird nur kursorisch erwähnt, so dass der Leser es beinahe überliest. Die Russländische Föderation tritt einfach an die Stelle der Sowjetunion. Damit übernimmt dieser Sammelband – sicher ungewollt – nicht nur die heutige offizielle Lesart in Russland, die Autoren verzichten vielmehr auf ein zentrales Argument zum Verständnis des Putinschen Russlands: Revisionismus und Revanchismus setzten bereits unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion ein. Das Putinsche Russland hat zwar das Ende der Sowjetunion völkerrechtlich, aber nicht politisch und mental anerkannt. Viele innen- und vor allem außenpolitische Probleme Russlands werden erst vor diesem Hintergrund verständlich.

Zum zweiten findet sich in dieser Publikation nirgendwo eine Reflexion über die Reformfähigkeit oder Reformunfähigkeit des kommunistischen Systems in Osteuropa. Meine These lautet: Das System ist im Wesentlichen an seiner Reformunfähigkeit zugrunde gegangen. Warum die „Wende“ in China eine andere Richtung genommen hat, ist ein weiteres Desideratum der Forschung.

GERHARD SIMON  
Köln